

15.05.2019

Beschlussempfehlung und Bericht

des Integrationsausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5068

Islam in Nordrhein-Westfalen: Interreligiösen Austausch intensivieren – Dialog mit Muslima und Muslimen auf eine neue Grundlage stellen

Berichterstatlerin: Abgeordnete Margret Voßeler-Deppe CDU

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drucksache 17/5068 - wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 15.05.2019/Ausgegeben: 16.05.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drucksache 17/5068 - wurde durch das Plenum am 20. Februar 2019 an den Integrationsausschuss federführend sowie zur Mitberatung an den Hauptausschuss überwiesen. Die abschließende Aussprache und Abstimmung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Integrationsausschusses im Plenum stattfinden.

B Beratung

Der Integrationsausschuss hat den Antrag am 13. März 2019 (Ausschussprotokoll 17/560) erstmalig beraten. In dieser Sitzung wurde das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration um einen Bericht zum Thema des Antrags gebeten. Der Bericht ging dem Integrationsausschuss mit Vorlage 17/1912 zu und wurde in der Ausschusssitzung am 3. April 2019 vom Leiter der Integrationsabteilung vorgestellt. (Ausschussprotokoll 17/599). Der Bericht beschreibt u.a. das Konzept der Neuausrichtung der Dialogarbeit, insbesondere mit Blick auf die neu zu schaffende Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW“. In Anlehnung an den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP skizziert er, welchen Beitrag die neue Struktur zum interreligiösen Austausch und zum Wertedialog, auch mit Blick auf die Gruppe der Geflüchteten, leisten kann.

In der Debatte der Sitzung vom 3. April 2019 führen die antragstellenden Fraktionen der CDU und FDP zu ihren Beweggründen des Antrag aus: Der interreligiöse Austausch soll intensiviert und der Dialog mit Muslima und Muslimen soll auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Die Fraktion der SPD vertritt in der Debatte den Ansatz, dass religiöser Rassismus durch gesamtgesellschaftliche Bildung aufgefangen werden sollte und nicht durch interreligiösen Dialog. Wichtig ist der Fraktion, dass die Trennung von Staat und Religion weiterhin gewahrt wird.

Nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das Thema im Hinblick auf das Neutralitätsgebot des Staates nicht vollständig durchdacht. Ihrer Ansicht nach, ist es nicht Aufgabe des Staates in innerreligiöse Prozesse einzuwirken.

Die Fraktion der AfD ist gespannt auf die Dialogentwicklung zwischen möglichen „neuen“ und den „alten“ Gesprächspartnern und würde eine Rückmeldung der Landesregierung dazu begrüßen.

Die Landesregierung hebt hervor, dass es wichtig sei, den Dialog im Hinblick auf die „Integration“ zu fördern. Ihrer Meinung nach ist religiöser Rassismus auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und „Staatsreligion“ nicht gewollt. Sie will den Dialog mit Musliminnen und Muslimen auf eine breitere Ebene stellen.

Der mitberatende Ausschuss hat wie folgt votiert:

Der Hauptausschuss hat den Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD und der Fraktion der AfD angenommen.

Der federführende Integrationsausschuss hat den Antrag letztmalig in seiner Ausschusssitzung am 8. Mai 2019 (Ausschussprotokoll 17/624) aufgerufen.

C Abstimmung

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drucksache 17/5068 - wurde mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, bei Enthaltung der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der AfD angenommen.

Margret Voßeler-Deppe
Vorsitzende